

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtslicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. April d. J. dem Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus Dr. Felinek und anderen die Bewilligung zur Errichtung einer österreichischen Gesellschaft für Meteorologie in Wien allergnädigst zu ertheilen und die Statuten der letzteren zu genehmigen geruht.

Nichtamtslicher Theil.

Laibach, 11. Mai.

Es hat allen Anschein, daß die gegenwärtige Session unseres Reichsraths zu den unfruchtbarsten zählen wird. Die Art und Weise, wie das Abgeordnetenhaus die wichtigsten Fragen behandelt, läßt annehmen, es sei ihm eigentlich gar nicht um Beendigung der legislativen Arbeiten, als vielmehr darum zu thun, den Parlamentarismus dem Volke und der Regierung zugleich un bequem zu machen, es zu discreditiren.

Sechs Monate und länger hat es bedurft, ehe das Budget verathen und das Finanzgesetz geschaffen war; ein Finanzgesetz, welches nur auf den Anträgen des Finanzausschusses basiert ist und in welchem die gerechtesten Forderungen der Regierung unbeachtet geblieben sind; ein Finanzgesetz, das unter keinen Umständen praktisch durchgeführt werden kann; ein Finanzgesetz, wovon einzelne Bestimmungen die Regierung zur Kontraktbrüchigkeit und zum Bankrott zwingen würden; ein Finanzgesetz, das die parlamentarische Maschinerie in Diskredit bringt, und einer vier Millionen Differenz die rasche Verfassungs-Entwicklung aufopfert; ein Finanzgesetz, das den Finanzkredit Oesterreichs in tiefen Schatten stellt; endlich ein Finanzgesetz, wovon Niemand und auch die Majorität der Votanten nicht glaubt, daß es thatsächlich zum Gesetz erhoben wird.

Wir erinnern uns recht deutlich, daß durch die ganze Bevölkerung ein Nothschrei nach Steuer-Reform ging, welcher auch im Abgeordnetenhaus wiederhallte. Schon die Immediatkommission legte von diesem Bedürfnis Zeugniß ab und die Regierung entsprach nur der Aufforderung der öffentlichen Meinung, wie des Abgeordnetenhauses selbst, indem sie bereits in der zweiten Session ein umfassendes, wohlbedachtes Steuerreform-Projekt vorlegte. Damals gelangte der Ausschuß gar nicht über die Frage der formalen Behandlung hinaus. Die Regierung beichtete sich, das Steuerreform-Projekt, noch mehr vervollkommt, dem Reichsrathe in seiner dritten Session vorzulegen. Das Haus wählte einen Ausschuß, in welchem nach dem allseitig angenommenen Grundsatz nur solche Mitglieder gewählt wurden, welche nicht dem Finanzausschusse angehörten. Das war ein sehr kluger, zweckmäßiger Grundsatz. An der Spitze des Ausschusses stand der Abgeordnete Mühlfeld, dessen durchdringender, von Spitzfindigkeiten und Eitelkeitströdel freier Scharfsinn und anerkannte, riesige Arbeitskraft die rasche Förderung und gediegene Lösung der Aufgabe zu verbürgen schien.

Was den Erfolg des Ausschusses zu verbürgen schien, das untergräbt denselben. Der Steuerreform-Ausschuß fand es nämlich angemessen, sich sachmännisch mit den Steuervorlagen der Regierung zu beschäftigen, und sich der graufirenden populären Oppositionsmacherei auf diesem sachlichen Gebiete fern zu halten. Der Ausschuß arbeitete tüchtig, und es gelang ihm, einen Theil der Steuergesetzentwürfe in erster Lesung zu vollenden. Nachdem er so weit fortgeschritten war, wollte er sich die Gewißheit verschaffen, daß er nicht bloß die Masse des zum großen

Theile überflüssigen bedruckten Papiers, das ein anderer Ausschuß in fünfmonatlicher Thätigkeit zu Tage gefördert hatte, vermehren, sondern wirkliche Berathungs-Unterlagen schaffen würde. Er beantragte daher die Fortsetzung der Ausschußberatungen auch nach Schluß des gesammten Reichsrathes, um dem nächsten zusammentretenden Reichsrathe den vollständigen Bericht vorlegen zu können.

Und was geschah? Das Haus beschloß den Antrag des Steuerreform-Ausschusses einem andern Ausschusse von 9 Mitgliedern zur Vorberathung zuzuwiesen, der ihn sicherlich einsparen wird. Und die Steuerreform? Sie bleibt ein frommer Wunsch.

Nur dann, wenn ein unabwendbarer Zwang da ist, wenn so zu sagen das Feuer auf den Nägeln brennt, da geht's rasch, da kommt man zu einem vernünftigen Beschluß. So hat der Zollauschluß mit 11 gegen 4 Stimmen beschlossen, beim Abgeordnetenhaus die Annahme des Handelsvertrages mit dem Zollvereine zu beantragen. Die Regierung sollte dieß als Fingerzeige benutzen und dem Hause bei jeder Gesetzesvorlage eine präemptorische Frist stellen. Vielleicht würde dadurch die Thätigkeit unseres Parlaments an Fruchtbarkeit gewinnen.

59. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 10. Mai.

Auf der Ministerbank: Kaiser, Plener, Sektionschef von Kalchberg, Sektionsrath Parmentier (Handelsministerium.)

Nach Vorlesung des Protokolls theilt der Präsident das Resultat der in der letzten Sitzung vorgenommenen Wahl eines Ausschusses für die Konzeption der Braunau-Nied-Neumarkter Eisenbahn mit. Gewählt wurden: Dr. Groß, Pummerer, Graf Brinto, Dr. Rechbauer, Steffens, Dr. Stamm, Dbert, Lohninger, Dr. Herbst.

Auf der Tagesordnung steht als erster Gegenstand der Bericht des Ausschusses zur Vorberathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Zulassung von Ausländern zur Erlangung des Markenschutzes in Oesterreich.

Berichterstatter ist Dr. Kaiser.

(Diese Vorlage war bekanntlich schon einmal Gegenstand der Verhandlung im Hause, wurde aber an den Ausschuß zur nochmaligen Verathung zurückgewiesen.)

Der Ausschuß stellt den Antrag: Das hohe Haus wolle, in Erwägung, daß die Uebertragung der allen Gesetzgebungsfaktoren zustehenden Gewalt, die Anwendung des Gesetzes vom 7. Dezember 1858 auch auf die Marken fremder Staaten auszudehnen, an die hohe Regierung staatsrechtlich unzulässig und volkswirtschaftlich bedenklich ist, und in Erwägung, daß das Gesetz vom 7. Dezember 1858 den inländischen Marken nicht einmal im Inlande einen ausreichenden Schutz gewährt, die Revision dieses Gesetzes aber vor Allem im Interesse der Industrie dringend geboten erscheint, über den von der hohen Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Zulassung von Ausländern zum Markenschutze in Oesterreich, zur Tagesordnung übergehen.

(Die Regierungsvorlage bezweckte, die Regierung zu ermächtigen, dem Auslande den Markenschutz im Wege der Reciprocität zuzugestehen.)

Abg. Winterstein ergreift zuerst das Wort, um die Motive, welche den Ausschuß leiteten, zu kennzeichnen. Bei der ersten Verhandlung über diesen Gegenstand habe kein Mitglied des Hauses gegen die Ansichten des Ausschusses angekämpft, man müsse daher annehmen, daß die damalige Auseinandersetzung des Herrn Leiter des Handelsministeriums die Abstimmung des Hauses entschieden. Diese gipfelte in zwei Sätzen, erstens, daß das Haus nicht den Vor-

wurf sich zuziehen soll, als hätte es die Interessen der Industrie nicht gehörig berücksichtigt, zweitens, daß der Ausschuß die Regierungsvorlage nicht amendirte. Redner sucht diese Vorwürfe zu widerlegen und weist darauf hin, daß 6 Mitglieder des Ausschusses Industrielle waren, die doch offenbar ihre eigenen Interessen kennen. Er empfiehlt den Ausschußantrag.

Abg. Skene: Es hätte auf ihn einen merkwürdigen Eindruck gemacht, daß man bei der ersten Verathung des Gegenstandes das ethische Moment besonders hervorkehre, aber in Geschäftsangelegenheiten sei dieß wenig anwendbar. Bevor man Fremden Wohlthaten erweisen will, möge man an die einheimische Industrie denken. Redner befürwortet eine Reform des Markenschutzgesetzes für das Inland, dann könne man daran denken, dem Auslande Vortheile zuzuwenden.

Abg. Roman spricht vom Standpunkte der Eisenindustriellen. Er untersucht die Gründe, welche den Ruin dieser Industrie herbeiführen. Es ist Mangel an Kapital, Mangel an Handelsverträgen, namentlich mit Italien, dann die Besteuerung, welche bei der Eisenindustrie eine Bruttobesteuerung sei. Redner weist auf Preußen hin, welches die Eisenindustrie ganz von der Steuer befreite, als die Zollverhältnisse dieser Industrie ungünstig wurden. In den Exporthäfen Oesterreichs werde die Marke gefälscht, dieß sei namentlich bei einem Hauptindustriezweige, den Nägeln, der Fall. Das Markenschutzgesetz weiche nicht aus und da müsse die Verbesserung beginnen. Er unterstützt den Ausschußantrag.

Sektionschef Freih. v. Kalchberg: Der vorliegende Bericht veranlasse ihn einiges zu bemerken. Nach seinen Anschauungen könne von einer staatsrechtlichen Seite der Frage gar nicht gesprochen werden, denn man könnte nur künstlich einen staatsrechtlichen Eingriff in die Prärogative des Hauses aus der Regierungsvorlage heraus definiren. Es handle sich nur, der Regierung die Ermächtigung zu ertheilen, ein gegebenes Gesetz zu realisiren. Die Regierung sagte, wenn ein Staat unserer Industrie den Markenschutz gewähren will, dann möge es der Regierung gestattet sein, die Reciprocität zu bewilligen. Ob ein spezieller Fall dann unter das Gesetz fällt oder nicht, könne nicht Gegenstand der Gesetzgebung sein. Wenn man so vorgehe, dann könnte man auch das Urtheil des Richters als Gesetzgebungsakt auffassen, weil auch dem Richter innerhalb des Gesetzes ein gewisser Raum zur freien Bewegung gelassen ist. Der Bericht weise auch auf die volkswirtschaftlichen Nachteile hin. Unsere Industrie sei in vielen Gegenständen exportfähig und man müsse ihr den Schutz verschaffen, dessen sie bedarf. Einer der Herren Redner habe darauf hingewiesen, das Gesetz über Markenschutz sei schlecht, man möge erst dieses ändern. Es sind wohl viele Klagen gegen das Gesetz aufgehoben worden, aber es handle sich nur darum, ob das Präventiv- oder das Repressivsystem vorzüglicher sei. Die Regierung sei für das Repressivsystem. Der Abg. Skene habe bemerkt, man lehre zu viel das ethische Moment hervor. Ethik sei aber, in's Geschäftsmäßige überseht, nichts anderes als Solidität; und er habe von der kaufmännischen Solidität des Redners zu viel Achtung, um zu glauben, daß dieser es für solid halten werde, wenn jemand den Namen „Albrecht Dürer“ unter ein selbst gemachtes Bild schreibt. Von diesem Standpunkte habe die Regierung dem Gesetze das Wort geredet. Der Ausschuß weise darauf hin, daß wir uns in einem Uebergangsstadium befinden, doch das Gesetz sei eben für ein solches berechnet. Sollte es eingeführt werden, wenn die Industrie dessen nicht mehr bedarf? Redner schließt mit der Erklärung, er habe eine Kommission zur Revision des Marken- und Musterchutzgesetzes niedergesetzt und versichert, die Regierung habe kein Interesse daran, ob dem

einen oder dem andern Systeme der Vorzug gegeben werde.

Berichterstatter Kaiser vertheidigt den Ausschufsantrag. Er glaubt, selbst wenn das Haus das Gesetz annehmen würde, so würde man doch in Baiern die Marken auf Eisenwaaren nachmachen.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg: Baiern habe uns einen positiven Antrag auf eine solche Verbindung gemacht. Es handle sich also um etwas positiv Gegebenes. Die bayerische Regierung ist aber nach ihren Gesetzen dazu ermächtigt, wenn im andern Lande Reziprozität möglich ist. Dieß beweise aber auch, daß in einem andern Lande, welches ebenfalls konstitutionell regiert werde, und wo man ebenso eifrig auf die Prärogative der Häuser ist, ein solches Gesetz gegeben wurde. Er könne daher dem Hause nur empfehlen, den Ausschufsantrag abzulehnen.

Bei der Abstimmung bleibt der Ausschufsantrag (Uebergang zur Tagesordnung) in der Minorität, worauf das Gesetz in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen wird. Es lautet:

„Artikel I. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Dezember 1858 (N. G. B., 3. 230) zum Schutze der gewerblichen Marken und anderen Bezeichnungen können unter der Bedingung der Gegenseitigkeit auf die Marken und Bezeichnungen der Gewerbetreibenden fremder Staaten in Anwendung gebracht werden. Die Gewerbetreibenden des betreffenden Staates haben, um des Schutzes ihrer Marken und Bezeichnungen theilhaftig zu werden, diese bei einer Handels- und Gewerbekammer des Reiches registriren zu lassen und die sonstigen Bedingungen des Gesetzes vom 7. Dezember 1858 zu beobachten.

Artikel II. Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium des Aeußern ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.“

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist „der Bericht des Ausschusses zur Vorberathung der von dem Herrenhause beauftragten Abänderung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses, betreffend die Abänderung des §. 4 und 6 des Gesetzes vom 7. Dezember 1858 zum Schutze der Muster und Modelle für die Industrieerzeugnisse.“

Berichterstatter Dr. Kaiser. (Es handelt sich um die Registrirungstaxe, welche das Abgeordnetenhaus mit 1 fl. festsetzte, das Herrenhaus aber conform mit der Regierungsvorlage auf 50 kr. herabsetzte.) Der Ausschuf beantragt, das Haus möge bei seinem ursprünglichen Beschlusse beharren.

Abg. Steffens: Er habe schon seinerzeit beantragt, diese Taxe nur mit 50 kr. festzusetzen, und er sei gegenwärtig noch immer in der Lage, seinen Antrag aufrecht zu erhalten. Redner detaillirt die Manipulation der Registrirung bei den Handelskammern und zeigt, daß die gesammte Manipulation zusammen kaum eine halbe Stunde dauere, daß daher die Handelskammern nicht klagen können, die Taxe von 50 kr. decke ihre Auslagen nicht, umsomehr als sie die Arbeit von ihren gewöhnlichen Beamten machen lassen kann. Er beantrage daher, die Taxe mit 50 kr. festzusetzen. (Wird unterstützt.)

Abg. Skene: Die Handelskammern müssen ihre Beiträge von den Gewerbetreibenden eintreiben, unter welchen namentlich die Kleinen mit dem Markenschutze gar nichts zu thun haben. Warum solle man die kleinen Gewerbetreibenden zu Gunsten der großen Industrie besteuern? Namentlich schwierig sei die Registrirung von Mustern, da wir nicht die Mode beherrschen und sehr viel in diesem Punkte imitirt wird. Solche Imitationen ergeben oft Streitigkeiten und verursachen Kosten, indem Schiedsgerichte eingesetzt werden müssen etc. Er sei für den höheren Satz von 1 fl.

Abg. Stummer befürwortet ebenfalls den höheren Satz von 1 fl. Er könne in den 50 kr. nicht eine entsprechende Vergütung der Arbeit der Registrirung sehen, da diese selbst mit 1 fl. noch nicht vergütet ist. Die Registrirung sei ein Rechtsgeschäft, das große Sorgfalt verlange und nicht Jedem anvertraut werden kann.

Abg. Hagenauer unterstützt den Antrag Steffens, faktisch sei die Zahl der Registrirungen sehr klein und es könne der Handelskammer wohl nicht viel daranliegen, ob sie 50 kr. oder 1 fl. bekomme. Schon damit das Gesetz überhaupt zu Stande kommen, müßte er für den Antrag Steffens sein.

Abg. Steffens widerlegt eine Bemerkung Skene's.

Abg. Winterstein hält den Antrag des Ausschusses für einen vollkommen gerechtfertigten und befürwortet dessen Annahme.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg: Die Regierung habe bei dieser Frage den Grundsatz aufgestellt, es sollen den Industriellen nicht mehr Kosten aufgebürdet werden, als hinreicht, die Kosten zu decken. Sie wandte sich an die Handelskammern und andere industrielle Vereine und es ergab sich, daß der Wiener Gewerbeverein, acht Handelskammern, darunter Wien, und vier Statthalter sich für den Satz

von 50 kr. aussprachen. So kam es, daß die Regierung sich für diese Ziffer aussprach. Hätte man der Regierung gesagt, 1 fl. sei zur Deckung nöthig, so hätte sie 1 fl. in ihre Vorlage aufgenommen. Der Ausschufbericht weise darauf hin, daß mehrere Kammermitglieder im Ausschufe sich für 1 fl. ausgesprochen haben. Er schätze wohl den Satz: Non numerantur sed ponderantur, aber, dann müsse man nicht das Votum einzelner Kammermitglieder höher schätzen, als den Ausspruch von acht Kammern und vier Statthaltereien. Es handle sich bei dieser Frage um kein politisches Prinzip und er könne nur den Antrag Steffens zur Annahme empfehlen.

Berichterstatter Kaiser empfiehlt in seinem Schlufsworte den Ausschufsantrag zur Annahme.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Steffens (50 kr.) angenommen.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Steuerreform-Ausschusses in Betreff der Fortsetzung der Thätigkeit desselben nach der Schließung der Session des gesammten Reichsrathes.

Berichterstatter Mühlfeld: Der Ausschuf, welchem von Seite des Finanzministers auch die Zustimmung der Regierung zu seinem Vorschlage erklärt wurde, legt dem Hause einen Gesetzentwurf vor, nach welchem derselbe bis zur Beendigung seiner Arbeiten permanent erklärt werden soll, und beantragt, das hohe Haus wolle über den vorgelegten Gesetzentwurf in Vollberathung beschließen, denselben annehmen und zur weiteren verfassungsmäßigen Verhandlung bringen.

Präsident erklärt den Ausschufsantrag in zwei Theile theilen zu wollen, und zuerst die Debatte über den ersten Theil, nämlich darüber, ob in die Vollberathung des Gesetzes eingegangen werden soll, die Debatte zu eröffnen. Wird dieß genehmigt, dann erst werde er die Generaldebatte eröffnen.

Abg. Schindler erklärt sich dagegen, jetzt schon in die Vollberathung des Gesetzes einzugehen. Die Wichtigkeit des Gegenstandes betonend, beantragt Redner, den Gesetzentwurf einem Ausschufe zur Vorberathung zuzuweisen (unterstützt).

Abg. Kaiser ist gegen den Antrag Schindler. §. 23 der Geschäftsordnung mache es dem Hause möglich, sogleich in die Berathung einzugehen. Im Ausschufe müßte die Frage gestellt werden, ob er, bei der voraussichtlichen Zwecklosigkeit, seine Arbeiten noch weiter nutzlos opfern sollte, um akademische Studien zu machen oder Material zu sammeln. Sollte dieß nicht der Fall sein, dann müßte er permanent erklärt werden, und diese Frage liege dem Hause vor. Weist man den Entwurf an einen Ausschuf, dann werde das Werk verzögert. Wird die Verweisung an einen Ausschuf beschlossen, dann sei die Permanenz so viel wie abgelehnt und damit auch die Reform der Steuern für diese Legislatur-Periode abgelehnt.

Abg. Schindler bemerkt noch, daß schon deshalb die Permanenz nicht gut möglich, weil dadurch die Mitglieder des Ausschusses den Landtagen entzogen werden und weil man nirgends die Garantie habe, daß der Ausschuf bis zur nächsten Session die Arbeiten beendet haben werde.

Abg. Berger hält es für unrecht, die Frage für eine formale Vorfrage zu halten, es sei eine Gesetzgebungs-, eine Verfassungsfrage, und deshalb schon glaube er, sei es geboten, die Frage an einen Ausschuf zur Vorberathung zuweisen zu sollen.

Abg. Herbst will nur die Frage beantworten, was der Ausschuf bis Ende der Session thun soll. Er sage: was alle Ausschüsse thun, arbeiten. Er glaubt, der Ausschuf hätte schon zu irgend einem Resultate gelangen können, und weist auf die Arbeiten des Zollanschusses hin, welcher heute seine Schlußsitzung halten werde, nachdem er die Vorlage vor 10 Tagen erhalten habe. — Er ist für den Antrag Schindler.

Abg. Wiktra weist darauf hin, daß selbst, wenn der Ausschuf bis zur nächsten Session fertig würde, die Reform doch nicht in einer Session beschlossen werden könnte, man könne ein so großes Werk, wie die Steuerreform, nicht in einer Session erledigen. — Er sei für den Antrag Schindler.

Abg. Stieger unterstützt ebenfalls den Antrag Schindler, worauf der Berichterstatter, sich rein an die formale Seite der Frage haltend, den Antrag des Ausschusses vertheidigt.

Finanzminister v. Plener findet, daß die formale Behandlung dieser Frage in nicht unwesentlicher Weise der Annahme der Permanenzklärung des Steuerreform-Ausschusses präjudizire und spricht sich für eine bejahende Lösung dieser Frage, nämlich für den Antrag des Ausschusses auf Eintritt in die Vollberathung, aus. Gegenüber den Vorrednern, welche sich in meritorischer Beziehung mit aller Entschiedenheit gegen die Permanenz erklärten, müsse er bemerken, daß derjenige, welcher keine Permanenz haben wolle, auch gegen die Steuerreform sei. Alle größeren Arbeiten könnten nur dann gefördert werden, wenn der Ausschuf unbelästigt von jeder anderen parlamentarischen Beschäftigung ununterbrochen arbeiten könne.

Aus diesem Grunde habe auch schon im Vorjahre die Regierung einen bezüglichen Gesetzentwurf eingebracht.

Der Minister erinnert das Haus an die bereits im Vorjahre eingebrachte Steuerreform, welche resultatlos blieb und besorgt, bei Ablehnung des vorliegenden Ausschufsantrages ein ähnliches Schicksal der gegenwärtigen Vorlage. Der Vergleich mit der Vorlage des Zolltarifs und des Handelsvertrages passe durchaus nicht, denn diese Gesetze konnten aus Gründen, die bedauert werden müssen, nicht früher vor das Haus gebracht werden; die Steuerreform sei aber ein Gesetz von ungleich größerer Wichtigkeit, weil sie in alle Interessen tief eingreife. — Nachdem der Minister auf die vielen Phasen hinweist, welche die Steuerreform in allen Ländern, wie in Preußen, durchgemacht, wo mehrere Sessionen zu deren Erledigung nothwendig waren, empfiehlt er den Antrag des Ausschusses zur Annahme.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schindler angenommen.

Die Wahl des Ausschusses wird in einer der nächsten Sessionen vorgenommen.

Abg. Herbst erklärt, die Wahl in den Eisenbahnausschuf für die Linie Braunau-Nied-Neumarkt nicht annehmen zu können, da er schon in so vielen Ausschüssen thätig sei, daß die Zeit nicht ausreicht, worauf die Sitzung geschlossen wird.

Nächste Sitzung morgen.

Oesterreich.

Wien, 9. Mai. Der Zollanschuf hielt heute zwei Sitzungen. Vormittag wurde das Zollkartell und das Schlufprotokoll durchgenommen. Das erstere ist mit jenem des Jahres 1853 fast identisch und gab keinerlei Anlaß zu Bemerkungen. Das Schlufprotokoll enthält abermals die Bestimmungen über das Appreturverfahren und es entspann sich abermals eine lange Debatte über diesen Gegenstand. Man wollte noch an die, das Schlufprotokoll begleitenden Noten gehen. Hier wurde jedoch allseits bemerkt, daß sie einen vor den engeren Reichsrath und die Landtage jenseits der Leitha gehörigen Gegenstand betreffen. Freiherr v. Hock erklärte, die Meinung des Ministerathes einholen zu wollen.

In der Abendsitzung wurden die Experten Gutachten, Hein, Abeles und Prollog über die Tarifepost Feinwaaren vernommen. Herr Guttenberg wies ziffermäßig nach, daß der Zoll auf viele Fabrikate dieser Art, welche bei uns in der entsprechenden Qualität nicht erzeugt werden, noch zu hoch sei. Dagegen behaupteten die Herren Abeles und Hein, ihre Industrie müsse bei den Zollsätzen des Handelsvertrages und des Zolltarifes zu Grunde gehen. Herr Prollog war mit den Zollsätzen ganz einverstanden, nur die weiteren, neuen Begünstigungen des Appreturverfahrens schienen ihm nicht zulässig. Nach der Entfernung der Experten entspann sich wieder eine Diskussion über ihre Voten, die zur Klarstellung der Sachlage nichts beigetragen hatten.

Freiherr v. Hock theilte mit, der Ministerath erkenne an, daß die Noten nicht vor den Gesammten Reichsrath gehören und deren Mittheilung nur der Vollständigkeit wegen veranlaßt worden sei. Der Ausschuf beschloß hierauf, dem Hause vorzuschlagen, in die verfassungsmäßige Behandlung der Noten nicht einzugehen, da diese wichtige Justizmaßregel, welche vor den engeren Reichsrath und die Landtage jenseits der Leitha gehören, berühren. Morgen erfolgt die Abstimmung über den Vertrag.

Triest, 11. Mai. Der Kriegsdampfer „Andreas Hofer“ ist gestern nach Cattaro abgegangen, um den Fürsten von Montenegro an Bord zu nehmen, der sich nach Wien begibt. (Tr. Ztg.)

Graz, 8. Mai. Von wichtigem Belang ist eine Petition, welche der Landesauschuf von Steiermark dieser Tage durch die Statthalterei dem Staatsministerium übergeben ließ. Sie bezieht sich auf die Nothlage unserer Provinz und gibt eine Reihe von Mitteln an, welche dieselbe zu lindern geeignet wären. Unter diesen wird noch die Aufhebung der Wurhergesetze, die Revision des Gebührengesetzes, die Einführung eines beschleunigten Gerichtsverfahrens, besonders bei Konkursachen, Aenderung der Bauergesetze, Ermäßigung der Zölle, das Zustandekommen der projektirten Bahn Udine-Villach-Neoben-Steierhaag, sowie der Bahn Graz-Kottori, die schonende Eintreibung der Steuern, Vermeidung von Exekutionsakten, so weit es zulässig ist, und was das Wichtigste ist: der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Oesterreich und dem Königreiche Italien empfohlen. Auch wird es als ein allgemein gefühlter Wunsch bezeichnet, daß die Frachttarife der Südbahn durchgreifend reformirt werden.

Ausland.

Berlin, 9. Mai. Die „Prov.-Corresp.“ analysirt die die Kriegskostenvorlage begleitende Denkschrift. Sie schreibt: Die Regierung spricht die Zuversicht

aus, daß ihr Verfahren mit der Meinung des Landes übereinstimmen werde. Die Regierung ist überzeugt, daß die Einverleibung an sich die zweckmäßigste Lösung für Preußen, Deutschland, wie für die Herzogthümer wäre, sie hält jedoch dieselbe durch das Staatsinteresse in Erwägung der großen finanziellen Opfer nicht für so geboten, daß deren Durchführung unter allen Umständen ohne Rücksicht auf die Erhaltung des Friedens erstrebt werden müsse. Dagegen glaubt die Regierung an den in der Depesche vom 22. Februar entwickelten Forderungen unter allen Umständen festhalten zu sollen. Bis zu zweifelloser Sicherstellung derselben werde auch das Provisorium fort dauern, die Regierung werde in den Wünschen des Volkes der Herzogthümer, sobald dieselben durch die geeignete Verrückung zum Ausdrucke gebracht werden, ein wichtiges Moment für die eigene Entschließung finden.

Wie mächtig die todte geglaubte Camorra in Neapel wieder aufgelebt ist, beweist der Umstand, daß am 1. Mai in der Sektion Vicaria dortselbst sich ungefähr achtzig Camorristen in einem großen Lokale versammelt hatten, um noch bei demselben üblichen Gebrauch mittelst des Messers mehrere unter ihnen entstandene Schwierigkeiten zu entscheiden. Die Behörde wurde zum Glück rechtzeitig davon unterrichtet und begab sich an Ort und Stelle. Ungefähr sechzig Camorristen entflohen; die übrigen zwanzig wurden umstellt, leisteten aber den Gendarmen, welche sie zu verhaften suchten, den fürchterlichsten Widerstand. Mehrere Leute aus dem Volke nahmen ebenfalls deren Partei, und so wäre ein schreckliches Gemetzel entstanden, wenn nicht ein Peloton Nationalgarde dazu gekommen wäre, durch deren Beistand die ganze saubere Gesellschaft verhaftet werden konnte.

Paris, 8. Mai. Dem gesetzgebenden Körper wurde heute der Gesetzentwurf betreffend die außerordentlichen Arbeiten vorgelegt. Für diese Arbeiten sind 360 Millionen bestimmt. Die Ausgaben sind, von 1866 angefangen, auf sechs Jahre vertheilt, so daß auf jedes Jahr 60 Millionen entfallen. Diese Ausgaben werden durch die Ueberschüsse der ordentlichen Budgeteinnahmen und die Veräußerung der Staatswaldungen gedeckt. Die Veräußerung der Waldungen wird bis auf den Betrag von 100 Millionen festgesetzt.

Madrid, 2. Mai. Man liest hier mit einem Erstaunen die angeblichen Madrider Korrespondenzen gewisser Blätter, welche behaupten, wir befänden uns hier am Vorabende einer Revolution, die Königin werde demnächst Spanien verlassen und darauf warte man nur, um Don Louis von Portugal zum König der iberischen Halbinsel zu proklamieren. Nun gibt es hier allerdings eine Partei — entsprechend der skandinavischen —, welche die Vereinigung beider Länder unter einer Krone als ihr Ideal verfolgt, aber wir wüßten nicht, daß diese Partei gerade in jüngster Zeit besondere Fortschritte gemacht hätte. Die Unruhen an der Universität werden schwerlich Dona Isabella die Krone kosten, eher Herrn Narvaez sein Portefeuille. Indessen, die Königin ist zu konstitutionell gesinnt, ihn zu entlassen, so lange er nicht selbst seine Demission anbietet und er scheint keineswegs hierzu schon bereit. Vorläufig hat er ein Zirkular schreiben an die Vertreter Spaniens bei den Kabinetten der Großmächte gerichtet, worin er die in den Blättern verbreiteten alarmirenden Gerüchte als Parteimanöver bezeichnet und behauptet, daß sein Kabinet nichts anderes wolle als den besonnenen Fortschritt.

Aus Madrid, 7. Mai, wird telegraphirt: Ein Dekret ermächtigt die Regierung, in öffentlicher Versteigerung so viel dreiprozentige Staatsschuldenscheine zu verkaufen, als erforderlich sind, um die Summe von 600,000,000 Realen in Baarem zu beschaffen. Versiegelte Angebote werden bis zum 3. Juni entgegen genommen.

Ueber den Aufenthalt des Kaisers Napoleon in Algier wird berichtet: Der Kaiser führt jetzt in Algier ein Leben, wie er in früheren Jahren in Plombières zu führen pflegte: er macht Ausflüge in die Umgegend, geht Abends zu Fuß in der Stadt umher und verkehrt mit allerlei Volk auf dem Souvernementsplatze, der Abends feenhaft beleuchtet wird. Am 4. hatte der Kaiser sämtliche Aga's und Baschaga's der Provinz Algeriens, die ihn am neuen Quai bei der Landung zu Rosse empfangen hatten, zum Frühstück geladen und es wird dabei nach arabischer Sitte etwas homerisch hergegangen sein. Das Befinden des Kaisers ist vorzüglich. Der Bischof von Algier, Mgr. Pavy, hat einen Hirtenbrief erlassen, worin er in den wärmsten Ausdrücken den Klerus auffordert, „Sr. Majestät den öffentlichen Beweis von seiner Dankbarkeit zu geben.“ Der katholische Klerus in Algerien hat wohl Ursache dazu.

Melbourne, 25. März. Der Stand der Insurrektion ist unverändert; nur die Kolonien des Distrikts Waitato sind bedroht.

New-York, 27. April, Abends. Die neuesten hier eingelaufenen Berichte sind von der größten Wichtigkeit. J. W. Booth ist es nicht gelungen, über den Potomac zu entkommen. Von allen Seiten umzingelt,

setzte er mit seiner Bande der zu seiner Gefangennahme ausgesandten Maryland'schen Reiterei verzweifelten Widerstand entgegen und fiel, die Waffen in der Hand. Sein Mitgeschuldiger, D. C. Harrod, auf dessen Ergreifung 25,000 Dollars gesetzt waren, wurde in Washington eingekerkert. Der andere Mitverschworene, G. A. Agerott, wurde schon früher festgenommen.

General Johnstone, dessen Armee noch aus 40 Tausend Mann besteht, trug Sherman die Kapitulation unter den für Lee bewilligten Bedingungen an. General Sherman ging darauf ein und bewilligte Johnstone einen Waffenstillstand, um inzwischen die Kapitulation dem Präsidenten Johnson zur Sanction vorzulegen.

Sherman's Antrag wurde in Washington sofort verworfen und Grant auf den Kriegsschauplatz beordert, mit der Weisung an Sherman, den Kampf unverzüglich wieder aufzunehmen, bis die Unterwerfung Johnstone's mit seiner Armee ohne jede Bedingung erfolgt sein wird. Dieß ist die erste Antwort auf die südlichen Meuchelmorde.

General Stoneman, der nun mit seiner Kavallerie in der Flanke des Konföderirten Generals Johnston steht und Salisbury und Charlotte in Nord-Carolina eingenommen hat, hat auf seinem 500 Meilen langen Marsche die Konföderirten bei jedem Zusammenstoß geschlagen, 19 Kanonen erbeutet, 1200 Gefangene gemacht, 4 große Baumwollfabriken und 7000 Ballen Baumwolle zerstört, 4 große Magazine mit 10,000 Minsketen, 7 Millionen Patronen, 7000 Pfund Pulver, ungeheure Getreidemassen, Fleischvorräthe, Monturgegenstände, Uniformen, große Mengen Zucker, Salz, Reis nebst anderen Gegenständen erbeutet. In Salisbury wurden sämtliche militärische Fabriken und Maschinen zerstört.

Staatssekretär Seward nebst Sohn sind nun außer aller Gefahr. Wenn seine physischen Kräfte es gestatten, wird Seward seinen Posten nicht verlassen. (N. Fr. Pr.)

Ueber die Einnahme Mobile's, der letzten Hafenstadt der Konföderirten, liegen jetzt nähere Details vor. Am 8. April wurden die Vorbereitungen zum Angriffe auf das spanische Fort getroffen; 22 schwere Parrotkanonen wurden in einer Entfernung von einer halben Meile aufgepflanzt, drei Batterien bis auf eine Drittmeile an die feindlichen Werke hinaugeschoben. Nach gegebenem Signal fing die gesamte Artillerie, unterstützt von zwei Kanonenbooten, an, ihr Feuer gegen das Fort zu sprühen, und zu gleicher Zeit avancirten die Sappeure und Tirailleure, die jeden feindlichen Artilleristen, der nur seinen Kopf zeigte, unschädlich machten. Die Nacht hindurch rastete das Feuer mit ungeschwächter Festigkeit fort; gegen Mitternacht wurde die Antwort des Forts schwächer und schwächer, hörte endlich ganz auf. Bei Aufgang der Sonne ergab das Fort sich und die Bundes-truppen occupirten es zugleich mit Fort Alexandre, welches dem gegen dasselbe gerichteten Angriffe nur kurze Zeit Stand halten konnte. Die Eroberer erbeuteten 20 bis 25 Geschütze, eine Masse Munition und machten 1000 Gefangene. Die Kanonen der beiden genommenen Plätze wurden sofort gegen die Forts Tracy und Huger (an der Mündung der Flüsse Blakely und Apalachee) gerichtet; doch fand sich bald, daß die letzteren schon geräumt waren. Um diese Zeit traf die Kunde von dem Falle Richmonds ein; sie wurde den Truppen zugleich mit den Ordres, Fort Blakely anzugreifen, verlesen. Zubezweife aus Tausenden kräftiger Mannerteilen begrüßten die frohe Nachricht, und die Kampflust der Mannschaften stieg auf den höchsten Gipfel. Unter Triumphgeschrei marschirten sie dem Bomben- und Kugelhagel entgegen, der sie von dem Fort Blakely her überschüttete, aber ihren Füßen explodirend, konnten die stürmische Avance nicht einhalten. Mit dem Bajonnete ward die ganze feindliche Linie erobert. Mehrere Batterien Artillerie, große Quantitäten Munition, nahe an 4000 Gefangene, darunter die Generale Gibson und Tiddell, waren der Lohn des Kampfes. Der Verlust der Bundes-truppen betrug jedoch in der ganzen Affaire auch nicht unter 2000 Mann. Der feindliche Verlust an Todten und Verwundeten wurde auf 1500 Mann angeschlagen. Mit dem Falle Fort Blakely's war das Schicksal Mobile's besiegelt. Die Besatzung wußte wohl, daß die Stadt nun nicht mehr zu halten war, und suchte nur noch sich selbst in Sicherheit zu bringen, so daß die Bundes-truppen ungehindert in die geräumte Festung einzuziehen konnten.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 12. Mai.

Heute Abend um 6 Uhr findet die Monatsversammlung der juristischen Gesellschaft hier Statt.

— Fr. Gallmayer gastirt gegenwärtig im Teatro filodrammatico in Triest. Sie scheint es dort arg zu treiben, denn die „Tr. Z.“ vom 10. d. schreibt:

Nachdem Fr. Gallmayer sich vorgestern mit den Mitgliedern des Orchesters laut gezankt und sich einen Vorrath von Pomeranzen gewünscht, „um sie denselben an den Kopf zu werfen“, spielte sie gestern gar nicht mehr Komödie, sondern nur sich selbst, machte sich unausgesetzt über Mitspielende und Bühnengeräthschaften lustig, stülpte sich z. B. die Ugelhupse auf den Kopf, riß die Brillanten-Etuis auseinander, um dem Publikum zu zeigen, daß sie leer seien, lachte, pfauderte und amüsierte sich das ganze Stück hindurch auf eigene Faust. Wir empfehlen der geschätzten Gastin etwas mehr Respekt vor dem Publikum; sollte es ihr belieben, in dieser Manier, die von anwesenden Italienern zu unserer Schande für eine spezifisch-deutsche gehalten werden könnte, fortzufahren, so haben wir nach Aeußerungen, die wir fallen hörten, triftigen Grund zu befürchten, daß ihr eine Zurechtweisung ernstlicher Natur bevorstehe.

— Ueber den Typhus in St. Paul schreibt die „Mag. Ztg.“: Die im ganzen Bezirke St. Paul mit Zuziehung der Gemeindevorstellungen gepflogenen genauen amtlichen Erhebungen haben zur Ueberzeugung geführt, daß der Typhus mit Ausnahme des Marktes St. Paul, und namentlich der Stiftsmeierei, in den übrigen Ortsgemeinden lediglich in ganz vereinzelten Fällen vorgekommen sei und nirgends ein epidemisches Auftreten gezeigt habe. Nur in der Stiftsmeierei sind 33, im Markte St. Paul selbst 15 und in der Umgebung 12, somit im Ganzen 60 Personen erkrankt, und von denselben, in der Stiftsmeierei und im Markte je 7, und in der Umgebung 3, somit im Ganzen 17 gestorben. Gegenwärtig ist die Krankheit mit Ausnahme von einzelnen schon in Rekonvaleszenz befindlichen Kranken allerorts wieder erloschen, und neue Zuwächse wurden bereits längere Zeit nicht mehr beobachtet.

— Das Staatsministerium hat für die durch Brand verunglückten Admonter in den dem Staatsministerium unterstehenden Königreichen und Ländern eine milde Sammlung angeordnet und sich gleichzeitig auch an den ungarischen Hofkanzler mit dem Ersuchen gewendet, aus demselben Anlasse auch in Ungarn eine Sammlung milder Beiträge und mit Rücksicht auf die Bedrängniß des Stiftes Admont insbesondere unter dem ungarischen Klerus einzuleiten. (Gr. Ztg.)

— Die Bauarbeiten auf der sieben Meilen langen Bahn von Agram nach Karstadt sind, dem Eisenbahn-Centralblatt zufolge, soweit vollendet, daß diese bis Ende d. M. oder längstens am 1. Juni d. J. dem öffentlichen Verkehr übergeben werden können. Die technisch-polizeiliche Untersuchung der Bahn, um deren Einleitung die Südbahn-Gesellschaft bereits eingeschritten ist, dürfte zwischen dem 12. und 16. d. M. abgeschlossen werden.

— Bei der allgemeinen österreichischen Bodencreditanstalt in Wien sind bis 30. April 1873 Darlehensgesuche im Betrage von 43,777,728 fl. eingelaufen.

Wiener Nachrichten.

Wien, 11. Mai.

Sr. Majestät der Kaiser haben zum Ausbau der Pfarrkirche zu Gögis in Vorarlberg allergnädigst einen Unterstützungsbeitrag von 500 Gulden zu bewilligen geruht.

— Ihre Maj. die Kaiserin Karolina Augusta haben der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom h. Karl Borromäus zu Prag 200 fl. huldreichst zu spenden geruht.

— Die Frage, wer den Haupttreffer bei der letzten Ziehung der Lose vom Jahre 1860 gewonnen, ist nun nach mancherlei irrigen Deutungen endgiltig entschieden. Frau Fortuna hat eine höchst seltsam lautende Stiftung mit der reichen Gabe von 300,000 fl. bedacht. Diese Stiftung, von einer Frau Rosalia Czoch aus Korneuburg im Betrage von 9000 fl. gegründet, lautet dahin, daß alljährlich ein Student den Fruchtgenuß von 200 fl. zu beziehen habe, jedoch unter der Bedingung, daß er das ganze Jahr hindurch ganz grau gekleidet einhergehe: grauen Hut, graue Hose, graue Weste, grauen Rock und im Sommer graue Stiefel. Zur Abwechslung könne er grünes Passepoil nehmen. Die Stifterin bemerkte ausdrücklich, daß sie den grauen Anzug wegen dessen Dauerhaftigkeit gewählt und diese Bedingung aus Gründen der Sparfamkeit gestellt habe. Ferner habe alljährlich ein Mädchen zur Ausstattung 200 fl. zu beziehen. Unter dem Kapitalstande, der bis auf einen Baarbetrag von 1600 fl. in Wertpapieren besteht, befanden sich dann auch 4 Stück Lose vom 1860er Anlehen, und zwei von den Losen haben das eine den Haupttreffer, das andere den Treffer mit 5000 fl. gemacht. Dieser seltsame Glücksfall geht denn auch nach den Intentionen der Stifterin in's Aschgraue.

— Am 8. d. M. Vormittags ist durch einen Forstadjunkten am Burgfrieden in Mitterteck nächst Weidling am Bach ein junger, sehr ausständig geklei-

deter Mann mittelst einer Rebschnur am Baume erhenkt aufgefunden worden. Der Leichnam war bereits kalt. Bei der kommissionellen Untersuchung fand man in der Brieftasche des Unglücklichen eine auf den Namen Johann Schneider lautende Visitenkarte, und eine mit Bleistift ausführlich geschriebene Aufforderung folgenden Inhalts: „Mein Herr! Sie zogen die schwarze Kugel, Sie wissen daher, was Sie zu thun haben.“ Die Kommission erkannte daraus, daß hier ein Selbstmord in Folge eines amerikanischen Duells vorliege.

— Einem am 9. d. M. hier eingelangten Telegramme zufolge ist in den Waldungen von Rettenbach bei Ischl ein starker Brand in einer Ausdehnung von 10 Joch ausgebrochen. Ueber 300 Mann sind unaufhörlich mit der Löschung beschäftigt, doch soll, wenn kein angiebiger Regen zu Hilfe kommt, wenig Aussicht auf eine baldige Dämpfung sein. — Kleinere Waldbrände beim Gosaanzwang wurden bereits gelöscht.

Neueste Nachrichten und Telegramme.
Original-Telegramm.

Wien, 12. Mai. Das Herrenhaus kam in der Debatte über die Einhebung der Erwerbsteuer von Eisenbahnen noch zu keinem Beschluß.

Das Abgeordnetenhaus lehnte Berger's Antrag, den Protest der Wiener Gerichtspräsidenten als Regierungsvorlage zu behandeln, ab.

Paris, 10. Mai. (Pr.) Aus Algier wird gemeldet, daß der Kaiser einen Ausflug nach der Mediterranien-Ebene unternahm, wo er von dem Reichthum und der Schönheit des Landes, aber auch von der enthusiastischen Aufnahme entzückt war. Die spanische Regierung sendete Truppenverstärkungen nach Barcelona. Aus New-York wird gemeldet, daß Wilkes Booth bei seiner Aufgreifung Krücken trug; wahrscheinlich war er in der Mordnacht durch einen Sturz vom Pferde verunglückt.

Madrid, 9. Mai. Durch königliches Dekret werden der König von Hannover und Prinz Friedrich Karl von Preußen zu Rittersn des goldenen Vlieses ernannt.

Brüssel, 10. Mai. Die vergangene Nacht war bezüglich des Befindens des Königs zufriedenstellend. Der König konnte heute eine Spazierfahrt machen.

Die anlässlich der bekannten Duellangelegenheit niedergesetzte Kommission überreichte der Repräsentantenkammer ihren Bericht. Die Diskussion hierüber findet noch im Laufe dieser Woche Statt.

Ergebnis

der Sammlungen für das zu errichtende Kinderhospital.

(Veröffentlicht durch das konstituirte prov. Damen-Comité).

	Einmalige Spende.		Jährl.
	fl.	kr.	
Se. Gnaden Dr. Barth. Widmer, Fürstbischof von Laibach . . .	300	—	—
Frau Maria Kosler, Witwe . . .	100	—	—
„ Maria Kosler, geborne Rudejch . . .	200	—	—
Die kleine Mariane Kosler 1 k. k. Doppeldukaten . . .	10	24	—
Frau Antonie Kosler . . .	200	—	—
Se. Excellenz Freih. v. Schöffnigg, k. k. Statthalter von Krain . . .	25	—	—
Herr Anton Freiherr von Zoiss . . .	100	—	—
Katharina Freiin von Zoiss . . .	50	—	—
Seraphine Freiin de Traug . . .	50	—	—
Laura Baronin Wallburg . . .	25	—	—
Frau Maria Suppanitsch und ein vollständiges Bett . . .	25	—	5
„ Maria Wallitsch . . .	25	—	5
„ Maria Dobra . . .	30	—	—
Herr Dr. E. H. Costa, Bürgermeister . . .	25	—	—
Zusammen . . .	1165	24	10

(Fortsetzung folgt.)

An die P. T. Herren Wähler Laibach's!

Die Tage der Neuwahlen für unseren Gemeinderath stehen nahe bevor. Es ist dringend geboten, nur solche Männer zu wählen, welche wahre Patrioten und vermöge ihres Charakters und ihrer Kenntnisse im Stande sind, für das Wohl der Stadt zu wirken. Das bürgerliche Comité erlaubt sich Ihnen daher hier Männer vorzuschlagen, von denen es glaubt, daß sie alle Eigenschaften besitzen, um die wahren Interessen der Bewohner Laibach's vertreten zu können.

Für den III. Wahlkörper:

- Herrn Dr. Johann Bleiweiß, Landes-Thierarzt und Landes-Ausschuß.
- „ Franz Doberlet, Tapezierer.
- „ Adolf Hofbauer, Landschafts-Sekretär.
- „ Wilhelm Host, Hausbesitzer.

Für den II. Wahlkörper:

- Herrn Leopold Bürger, Handlungs-Gesellschafter.
- „ Wenzel Stedny, Haus- und Realitätenbesitzer.

Für den I. Wahlkörper:

- Herrn Josef Blasnik, Hausbesitzer.
- „ Ferdinand Wahr, Direktor der Handelslehr-Anstalt.
- „ Dr. Anton Pfefferer, Advokat.
- „ Dr. Franz Supancic, Advokat.
- „ Edmund Terpin, Handelsmann.

Das bürgerliche Comité.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Telegraphische Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 11. Mai.

5% Mt. alliquos 71.70	1860er Anleihe 93.85
5% Mt. Anleihe 76.40	Silber . . . 107.25
Bankaktien 804.—	London . . . 109.20
Kreditaktien 105.50	k. k. Dukaten 5.16

Fremden-Anzeige
vom 10. Mai.
Stadt Wien.
Die Herren: Graf Kotulinski, Gutsbesitzer, von St. Peter. — Meißner von Leipzig. — Buchreiner, Großhändler, und Hueber, k. k. Postdirektor, von Triest. — Benet, Holzmeister, aus Kroatien.
Die Damen: Gräfin Byland, k. k. Kämmerers-Witwe, von Venedig. — Jordan, k. k. Oberstens-Gattin aus Schlesien.

Elephant.
Die Herren: Graf Corcini von Innsbruck. — Meier, Fabrikant, und Gutter, Handelsmann, von Wien. — Dr. Prelog, Advokat, und Dr. Seneg, von Marburg. — Bergglia, Gütersinspektor, von Duino. — Waich, Realitätenbesitzer, von Franz. — Dr. Veschnal von W.

Feistitz. — Kapus, Handelsmann, von Gili. — Pirnat, Montanistler, von Tüffer. — Schuscha, Bergwerksbesitzer; Toplak und Strabel, Private, von Greis. — Stenfel, Pfarrer, von Rakitna. — Wotfchnik, Pfarrer, von Unteridria. — Kopiter, Pfarrer, von Wippach. — Wainis, Pfarrer, von Saitrad. — Gwalschitsch, Dechant, und Stranegly, Handelsmann, von Idria. — Kobler von Littai.

Baierischer Hof.
Herr Buschnig, Lederermeister, von Gutaring.
Mohren.
Die Herren: Schindler, k. k. Lieutenant, von Pola. — Hren, Geschäftsmann, und Widmar, Grundbesitzer, von Bigaun. — Kulez, Lehrer, von Mannig.

Eine Kindsfran
wird zu einer Familie in Pola gesucht. Offerte werden in der Buchhandlung des G. Vercher in Laibach entgegengenommen.

(880—2)
Die Eröffnung
des
Mineralbades Töplitz
nächst Neustadt in Unterkrain, findet wie alljährlich am 12. Mai Statt.

Diese altberühmte Quelle, welche das kristallreine Heilwasser in einer lebenden Naturwärme von 28—29° R. reicht, hat sich im Laufe der Zeit in nachstehenden Krankheiten als vorzüglich erprobt und bewährt bewiesen:

1. In der chronischen Gicht und in den mannigfaltigen Formen derselben, welche Folgekrankheiten sind, als: lähmungsartige Zustände, Steifheit und Kontraktionen der Glieder, Gichtknoten. Die jährlich wiederkehrenden Anfälle derselben werden durch den Gebrauch dieses Bades, wenn nicht ganz beseitigt, doch seltener, in ihrem Verlaufe kürzer und gelinder;
2. in chronischen, rheumatischen Leiden verschiedener Art, Hüft- und Leidenweh;
3. in chronischen Hautauschlägen, besonders, wenn selbe durch örtliche Krankheit der Haut bedingt sind;
4. in der Hypochondrie, Hysterie und in anderen Nervenkrankheiten, wenn selbe auf einer erhöhten Reizbarkeit der Nerven beruhen, und nicht von organischen Fehlern und allgemeiner und örtlicher Vollblütigkeit unterhalten werden;
5. in Störungen des Pfortadersystems, mit Anschoppungen der Leber, der Milz, der Nieren und der Gekrösdrüsen, wobei es nützlich ist, das Wasser auch innerhalb zu gebrauchen;
6. bei Menstrualbeschwerden, im weißen Flusse und der Unfruchtbarkeit, wenn diese Zufälle von einer Schwäche oder Trägheit des Uterus herrühren;
7. in der Scrophelkrankheit, in der Rhachitis und ihren Folgekrankheiten;
8. bei zurückgebliebenen Steifigkeiten und Kontraktionen nach erlittenen Verletzungen und schweren Verwundungen;
9. bei langwierigen äußerlichen Geschwüren.

Der Gefertigte hat für bequeme und anständige Unterkunft der P. T. Curgäste auf das beste Sorge getragen.

Da die Preise der Bäder auf das Billigste bemessen sind, so findet der Gefertigte darin eine Gelegenheit mehr zur besseren Empfehlung, indem er die Preise für Quartiere im Badehause, Badewäsche, der Speisen und so auch aller übrigen Bedürfnisse der P. T. Curgäste, bedeutend ermäßigt hat.

Auch ist derselbe mit Vergnügen bereit, jede briefliche Anfrage durch ausführliche Beantwortung promptest zu erledigen.

Mineralbad Töplitz, am 29. April 1865.

Carl Hartmann,
Pächter.

(879—3)
Mineral-Wässer,
als: Adelsheid's Quelle, Billiner, Carlsbader, Egger, Friedrichshaller, Giephübler, Gleichenberger-Constantins-Quelle, Haller-Jod, Klausner Stahl, Marienbader-Kreuzbrunnen, Püllnaer Bitter, Moitscher, Saldschiger und Selterfer, sind beim Gefertigten von frischer Füllung angelangt.

Spezerei-, Material- & Farbwaren-Handlung
PETER LASSNIK,
Marien-Platz Nr. 45.

Auch ist daselbst zu haben:
Marienbader-Brunnensalz.
Anatherin-Mundwasser.
Feinst Norweger Dorsch-Leberthran.